

erstellt am: 03.08.2007

Großdemo geplant

Kindergärten: Streik in NRW

(RP) Der Protest gegen das Kinderbildungsgesetz formiert sich. Die Kritiker planen eine Großdemo. Am 6. September sollen rund 3.000 Einrichtungen geschlossen bleiben. Die FDP signalisiert Gesprächsbereitschaft.

Düsseldorf Daniela Großwendt (34) ist Mutter von zwei Kindern. Morgen zwischen 11 und 15 Uhr steht sie in der Cranger Straße in Gelsenkirchen an einem Info-Stand und sammelt Unterschriften gegen das geplante Kinderbildungsgesetz (Kibiz). „Mein Beitrag ändert sich mit einem Schlag von 245 Euro auf 400 Euro pro Monat“, sagt die Elternvertreterin der Einrichtung „Die Kinderinsel“. „Dies ist auch für fleißige Menschen nur schwer finanzierbar.“

Im Herbst will die Landesregierung das Gesetzeswerk verabschieden. Mit dem Start ins neue Kindergartenjahr, das in der kommenden Woche beginnt, formiert sich jetzt der Widerstand. „Wir werden in den nächsten Tagen 300000 Flugblätter verteilen“, kündigt Gerhard Stranz (58) vom Landeselternrat der Kindertageseinrichtungen an. „So nicht - stoppt das Kinderbildungsgesetz“, steht darauf.

Bereits in der Ferienzeit hat die Initiative mehrere tausend Unterschriften gesammelt. „Das als ‚modernstes Kindergartengesetz in der Bundesrepublik‘ angekündigte KiBiz ist ein Kürzungsgesetz“, sagt Stranz. „Finanzielle Lasten sollen auf Eltern, Träger und Kommunen verlagert werden. Weniger Erzieherinnen müssen künftig mehr Kinder fördern.“

Am 15. September wollen die Eltern am Landtag gegen die Pläne der Landesregierung demonstrieren. Bereits am 6. September ist ein landesweiter Aktionstag geplant, bei dem rund 3000 Einrichtungen in NRW geschlossen bleiben sollen. Von dem Ausstand wären mehr als 200000 Kinder betroffen.

Monatelang hatte NRW-Familienminister Armin Laschet sich darum bemüht, beim Entwurf des Kinderbildungsgesetzes einen Konsens zwischen Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und kommunalen Spitzenverbänden herzustellen. „Das Land stellt für die Förderung der Kinder im Jahr 2008 insgesamt 959 Millionen Euro zur Verfügung“, erklärt der CDU-Politiker. „Das sind rund 140 Millionen Euro mehr als in 2007. Bereits 2009 werden wir die Grenze von einer Milliarde Euro überschreiten. So viel hat noch keine Landesregierung vorher für die frühe Förderung von Kindern ausgegeben. Das Gesetz ist ein Meilenstein.“

Der Landeselternrat hält das Kibiz hingegen für „Mumpitz“. „Die vorgesehenen Aufstockungen der Mittel in der Zukunft sind kein Ausgleich für bereits erfolgte Kürzungen“, erklärt Gerhard Stranz. „Um diese zu kompensieren, müssten mindestens 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt werden.“ Eine Reduzierung der Gruppenstärke sei aus der vorgesehenen Neuregelung nicht zu erwarten. „Sie zwingt eher Träger, die Gruppenstärken nicht nur zu halten, sondern sogar zu erhöhen, um die Gesamt-Finanzierung möglichst zu sichern“, so Stranz. „Wir hoffen auf die Einsicht und die Unterstützung der FDP. Generalsekretär Lindner hat Gesprächsbereitschaft signalisiert.“

Gestern warnte der Liberale die Initiative davor, die Auseinandersetzung durch einen „Streik auf dem Rücken der Kinder“ auszutragen. Die Landesregierung werde sich nicht erpressen lassen. Gleichwohl schloß er Änderungen an dem Gesetzentwurf des CDU-Ministers nicht aus. Die Liberalen seien offen für konstruktive Vorschläge der Sachverständigen, erklärte FDP-Generalsekretär Lindner: „Der anhaltende Protest macht uns nachdenklich, welche Qualität der von den Laschet-Beamten ausgehandelte Kompromiss mit den Trägern der Kindertagesstätten und den Kommunen hatte.“